

Anfrage öffentlich	Datum 14.01.2011	Nummer F0008/11
Absender DIE LINKE Fraktion		
Adressat Oberbürgermeister Herrn Dr. Lutz Trümper		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 27.01.2011	
Kurtztitel Strategiepapier zur Entwicklung der nördlichen Stadtteile Magdeburgs		

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im der lokalen Teil der Magdeburger „Volksstimme“ war am 07.01.2011 unter der Überschrift: „Stadtplaner: "Nord ist in der jetzigen Dimension nicht zukunftssicher“ folgende Feststellung zu lesen:

„**Die Stadtplaner** legten den Vermietern **in ihrem Strategiepapier** entsprechend dar: "Folgt die Entwicklung dem aktuellen Trend und würden alle aktuellen Vorhaben zur Bestandsreduzierung umgesetzt, ergäbe sich im Jahr 2023 in Nord ein struktureller Überhang von 850 Wohnungen."

Unbenommen der im Weiteren zitierten Grundaussage: „Nord bleibt wichtiger Wohnstandort“, führten die im Zeitungsartikel dargestellten Zusammenhänge, besonders im Kontext der von der Presse offensichtlich ebenfalls zitierten Stadtplaneraussage: Das Wohngebiet Magdeburg-Nord mit Kannenstieg und Neustädter See ist **"weder in der jetzigen Dimension, noch in allen Lagen zukunftssicher"**, nach ersten Hinweisen und Einschätzung offensichtlich zu gewissen Verunsicherungen eines Teils der in den nördlichen Stadtteilen wohnenden Bürgerinnen und Bürgern.

Ich bitte Sie daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1.

Entspricht die im der Presseartikel dargestellte Vorgehensweise der Stadtverwaltung den Tatsachen?

2.

Auf welches „bisher nicht veröffentlichte Strategiepapier“ beziehen sich „die Stadtplaner“ bei ihren offensichtlich bereits laufenden Verhandlungen mit den betreffenden Wohnungsvermietern? War das im Presseartikel erwähnte „Strategiepapier“ bereits Gegenstand einer Befassung des Stadtrates oder seiner Fachausschüsse?

3.

Welche konkreten Beschlüsse des Stadtrates in Bezug auf die nördlichen Stadtteile bilden die Verhandlungsgrundlage für „die Stadtplaner“ mit den betreffenden Wohnungsvermietern?

4.

Beabsichtigt die Stadtverwaltung die Bürgerinnen und Bürger der nördlichen Wohngebiete in die ggf. mit Wohnungsvermietern zu verhandelnde bzw. abzuschließende Quartiersvereinbarung einzubeziehen?

Wenn ja: Wann und in welcher Form?

Ich bitte Sie, um eine kurze mündliche und eine ausführliche schriftliche Beantwortung.

Frank Theile
Fraktionsvorsitzender